GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

Bundeskontaktstelle
Braunkohle
des Netzwerkes
GRÜNE LIGA

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

20. September 2021

1. Fahrraddemo zum Cottbuser Ostsee als Teil des Globalen Klimastreiks am 24.09.
2. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Verkleinerung von LEAG-Tagebauen in jedem Fall notwendig
3. Massiver Wasserverlust im Pinnower See: Bergbehörde hat kein Konzept
4. Ausstellung „UNverkäuflich“ erfolgreich auf Bautzener Kulturfestival präsentiert
5. Europäischer Gerichtshof verhängt Geldstrafe gegen Polen wegen Tagebau Turów

1. Fahrraddemo zum Cottbuser Ostsee als Teil des Globalen Klimastreiks am 24. September

Fridays for future und Umweltgruppe Cottbus kritisieren Folgen des Kohleabbaus auf den Wasserhaushalt

Der Globale Klimastreik am 24. September wird in Cottbus mit einer Fahrrad-Demonstration zum geplanten Tagebausee „Cottbuser Ostsee“ begangen. Fridays For Future und die Umweltgruppe Cottbus wollen damit auf die dramatische Situation des Wassers in der Lausitz aufmerksam machen. Treffpunkt der Radler*innen ist 13 Uhr auf dem Stadthallenvorplatz. Gegen 14.30 Uhr soll die Radtour am Einlaufbauwerk für den Cottbuser Ostsee enden.

„Die Dürrejahre waren ein Vorbote der aufziehenden Klimakatastrophe. Deshalb können wir es nicht akzeptieren, wenn das knappe Wasser der Region noch bis 2038 durch Kraftwerkskühltürme gejagt werden soll und die LEAG noch weitere zu große Tagebauseen plant.“, sagt Rebekka Schwarzbach, eine der Organisatorinnen von der Umweltgruppe Cottbus. Anton Kröber von Fridays For Future Cottbus ergänzt: „Wasser ist Leben und der allerwichtigste Bodenschatz der Lausitz. Dafür kämpfen wir.“

Der Braunkohleabbau wirkt sich dramatisch auf die Wassersituation in der Lausitz aus. Während die stillgelegten Tagebaue der LMBV mit Versauerung und Eisenocker zu kämpfen haben, vergrößert sich im Bereich der aktiven LEAG-Tagebaue noch immer das Grundwasserdefizit. Große flache Tagebauseen gelten als für das Unternehmen billigste Form der Rekultivierung, verdunsten aber jedes Jahr Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Spreegebiet. Die LEAG will in ihren Tagebauen

insgesamt 7.700 Hektar neue Seen anlegen. Zudem plant das Unternehmen inzwischen sogar Wasser aus der Spree für das Kohlekraftwerk Jänschwalde abzuzweigen.

Zum globalen Klimastreik am 24. September sind bundesweit mehr als 350 Demonstrationen angekündigt.

2. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Verkleinerung von LEAG-Tagebauen in jedem Fall notwendig

Am 1. September stellte das Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) im sächsischen Landtag eine Studie zur Bewertung des „Revierkonzeptes 2021“ der LEAG vor, die im Auftrag der Landtagsfraktion Bündnis90/Die Grünen erstellt wurde. Ziel war es, die Planung der LEAG unter energiewirtschaftlichen Aspekten auf Plausibilität zu prüfen. Dazu wurden unterschiedliche Szenarien zur Kraftwerksauslastung betrachtet. Zu den Kernergebnissen der Studie erklärte Prof. Dr. Pao-Yu Oei vom DIW und Co-Autor der Studie:

„Unsere Studie zeigt, dass selbst bei maximal denkbarer Auslastung der Kraftwerke kein Kohlebedarf besteht, der die Inanspruchnahme des Sonderfelds Mühlrose rechtfertigt. Im Gegenteil, es sind sogar weitere Tagebauverkleinerungen im Lausitzer Revier notwendig. Dies gilt selbst im Falle eines späten Kohleausstiegs im Jahr 2035 oder 2038.“

Dieses Ergebnis setzt insbesondere den regionalen Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien unter Rechtfertigungsdruck, der derzeit an einer Überarbeitung des Braunkohlenplanes zum Tagebau Nochten arbeitet und dabei klären muss, ob der Tagebau in das noch nicht zugelassene Teilfeld Mühlrose weitergeführt werden oder sogar noch verkleinert werden muss. Auch das Sächsische Oberbergamt wird bei seinen Zulassungsentscheidungen an den Ergebnissen der Studie nicht vorbeikommen.

3. Massiver Wasserverlust im Pinnower See: Bergbehörde hat kein Konzept

Nachdem die Wassereinleitung der LEAG in den Pinnower See den angeordneten Zielwasserstand nicht erreicht hat, war vom Brandenburger Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) eine Untersuchung zu den Ursachen angekündigt. Diese wurde am 6. September dem Umweltausschuss des Landkreises Spree-Neiße vorgestellt, aber erst am 15. September im Internet veröffentlicht. Praktisch ohne neue Erkenntnisse zu haben, wird die Verantwortung im Klimawandel und den Dürrejahren gesehen. Statt der von den Seeanrainern geforderten zusätzlichen Maßnahme soll der Zielwasserstand für den See aufgegeben (offiziell natürlich: „überprüft“) werden. LBGR-Präsident Sebastian Fritze führte höchstpersönlich den rhetorischen Regentanz vor dem Kreistagsausschuss auf, konnte die anwesenden Betroffenen aber nicht überzeugen. Vor der Sitzung des Kreistagsausschusses forderten etwa 20 Vertreter*innen der Siedlergemeinschaften, der Kirchengemeinde Guben und der Grünen Liga „Pinnower See retten!“.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2018 hatte das LBGR nach jahrelangem Leugnen die Beeinflussung mehrerer Seen durch den Tagebau Jänschwalde eingeräumt und angeordnet, dass auf Kosten der LEAG Wasser in die Seen eingeleitet werden muss. So sollte der Wasserstand des Jahres 2010 bis zum Frühjahr 2021 wieder erreicht und danach bis zum Ende des Bergbaueinflusses gehalten werden. Das funktioniert offensichtlich bisher nicht.

Die seit Monaten angekündigte Untersuchung erfüllt die Erwartungen nicht: Der durch großen Zeilenabstand mit Müh und Not auf 20 Seiten verlängerte Text fasst altbekannte Grundlagen neu

zusammen: die Geologie im Umfeld des Sees, die Richtung der Grundwasserströmung, den brandenburgweiten Trend sinkender Grundwasserstände. Auch der Einfluss des Tagebaus Jänschwalde wird eingeräumt und mit 50 Zentimetern Absenkung beziffert – zumindest laut der zitierten Modellrechnung des Tagebaubetreibers LEAG. Dass bei all diesen Rahmenbedingungen der See nicht dicht ist und eingeleitetes Wasser auch wieder abströmt – das ist definitiv keine neue Erkenntnis. Falls sie 2018 verdrängt wurde, dann offensichtlich um Zeit zu gewinnen für den weiteren Tagebaubetrieb.

Ein Mehrwert der Untersuchung ist nicht erkennbar: Auf Nachfrage im Umweltausschuss erklärte ein Vertreter der Bergbehörde, die Entwicklung von Maßnahmen sei nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen. Um die Anteile des Bergbaus, der Landwirtschaft oder der Wasserentnahme durch die Siedler zu beziffern, fehlen laut Behördenpräsident Fritze die dazu nötigen Daten. Dabei hatte er selbst in Presseinterviews den Verbrauch der Seeanrainer noch betont. (Tagesspiegel 23.03.2021)

Die Evangelische Kirchengemeinde Region Guben hat den LBGR-Präsidenten bereits zu einer öffentlichen Diskussion seiner Untersuchung vor Ort eingeladen. Auf eine Antwort wartet sie noch.

Im Jahr 2020 wurden für den Tagebau Jänschwalde im Mittel täglich 312.000 Kubikmeter, insgesamt also 114 Millionen Kubikmeter Grundwasser abgepumpt. Dabei rückte der Tagebau nach Norden, näherte sich also weiter dem Pinnower See weiter an.

4. Ausstellung „UNverkäuflich“ erfolgreich auf Bautzener Kulturfestival präsentiert

Die Wanderausstellung „UNverkäuflich“ der GRÜNEN LIGA – Umweltgruppe Cottbus gastierte am Sonntag, den 19. September 2021 auf dem Kulturfestival “Bouncen in Bautzen“, an dem mehre hunderte Gäste teilnahmen. Im Rahmen des Festivals fand am Sonntag "Der grüne Tag" statt. Gemeinsam mit zahlreichen Initiativen und Engagierten wurde auf grüne Themen in Bautzen und Umgebung aufmerksam gemacht. Das Programm sollte Bürger dazu ermutigen und inspirieren, sich mit Nachhaltigkeit, dem eigenen Umweltbewusstsein und Fragen des Umweltschutzes auseinanderzusetzen.

Die Fotoausstellung „UNverkäuflich“ von Markus Pichlmaier stellt eindrücklich dar, wie der Tagebau Nochten Meter um Meter an die Dörfer und den von der GRÜNEN LIGA gepachteten Wald heranrückt – trotz des beschlossenen Kohleausstiegs. Besonders interessierte die Besucher*innen der Ausstellung die drohende Enteignung des Waldes. Der Kohlekonzern LEAG hatte diese im Frühjahr 2021 erstmals schriftlich angedroht. Das Umweltnetzwerk lässt sich davon jedoch nicht einschüchtern und setzt ihre Bildungs- und Kulturveranstaltungen, Waldumbau- und Naturschutzmaßnahmen in dem bedrohten Wald fort. Eigentümer*innen, die ihren Wald nicht an die LEAG verkaufen möchten, hatten ihn im Dezember 2019 an die GRÜNE LIGA verpachtet.

Geht es nach der LEAG, werden die Kohlebagger bis direkt an die Dörfer Mulkwitz und Rohne vordringen und den Wald spätestens 2025 zerstören. Dabei müssen die LEAG-Tagebaue nachweislich verkleinert werden, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einem kürzlich veröffentlichten Gutachten feststellte. Wie weit der Tagebau Nochten tatsächlich noch geführt wird, das ist Thema bei der Überarbeitung des Braunkohlenplanes. Der dafür zuständige Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien hat seinen Sitz in Bautzen.

5. Europäischer Gerichtshof verhängt Geldstrafe gegen Polen wegen Tagebau Turów

20.09.2021. Dem Nachrichtenportal Eu-Info.de zufolge hat heute der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine Geldstrafe gegen Polen verhängt: Trotz einstweiliger EuGH-Anordnung vom Mai habe Warschau den Braunkohle-Abbau im Tagebau Turów an der Grenze zu Tschechien und Sachsen nicht gestoppt. Deshalb müsse Polen ab sofort für jeden Tag, an dem es der Anordnung nicht nachkomme, 500 000 Euro Strafe in den EU-Haushalt zahlen.

Die Entscheidung geht auf einen Antrag des Nachbarlandes Tschechien zurück, das zuvor schon beim EuGH gegen Polen geklagt hatte. Das Land bemängelt, dass die Lizenz für den Tagebau ohne erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen verlängert worden sei. Die Regierung in Prag befürchtet außerdem, dass der Grundwasserspiegel sinkt. Auch beklagten sich Bewohner der angrenzenden tschechischen Grenzregion über Belästigungen durch Lärm und Staub. Die einstweilige Anordnung des EuGH im Mai folgte diesen Argumenten.

Die polnische Regierung hielt jedoch an dem Kohle-Abbau fest. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki begründete dies damit, dass die Energiesicherheit des Landes gewährleistet werden müsse. Tschechien beantragte deshalb im Juni eine Geldstrafe in Höhe von 5 Millionen Euro täglich an den EU-Haushalt. Polen wiederum beantragte, die einstweilige Anordnung vom Mai aufzuheben.

Den polnischen Antrag wies die EuGH-Vizepräsidentin nun zurück. Zugleich verhängte sie eine Geldstrafe in Höhe von 500 000 Euro bis Polen der einstweiligen Anordnung folgt. Ein endgültiges Urteil in dem Fall wird der EuGH zu einem späteren Zeitpunkt fällen.